

HAMELN
PYRMONT

SPD

WIR IM WESERBERGLAND.

BESCHLUSSBUCH 2015

VOM UNTERBEZIRKSPARTEITAG, 25. APRIL 2015 | HAMELN



Herausgeber

SPD-Unterbezirksvorstand Hameln-Pyrmont

Verantwortlich

Gabriele Lösekrug-Möller MdB

Zusammenstellung

Peter Schulze

Anschrift

SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Heiliggeiststr. 2

31785 Hameln

Telefon: (0 51 51) 107 33 80

Telefax: (0 51 51) 107 33 94

E-mail: Hameln-Pyrmont@spd.de

INHALTSVERZEICHNIS

Beschlussbuch		Seite
Anträge und Resolutionen	5-43	
Antragsübersicht		
Antrag A 1	Stärkung des Ehrenamtes voranbringen	5
Antrag A 2	Rosa-Helfers-Preis	6
Antrag A 3	Hameln-Pyrmont: Gute Schule – Gute Zukunft!	7-8
Antrag A 4	Unterstützung Kommunalen Aktionsplan „Inklusion“	9
Antrag A 5	Ausbau des öffentlich zugänglichen Internets	10-11
Antrag A 6	Gleiches Entgelt für vergleichbare Arbeit	12
Antrag A 7	Jugendquote	13
Antrag A 8	Zukunftsentwicklung des Öffentlichen Personen-nahverkehrs	14-15
Antrag A 9	Öffentlichen Nahverkehr zukunftsweisend gestalten	16
Antrag A 10	SchülerInnenbeförderung	17
Antrag A 11	Umweltbewusstsein und nachhaltige Bildung an Schulen	18-19
Anträge A 12, I 1, I 4	Konsequente Umsetzung eines fairen und nachhaltigen Welthandels	20-21
Antrag A 13	Erzieher und Erzieherinnen	22
Antrag 0	Änderung des UB-Organisationsstatutes	23-30
Resolution 1	Resolution: Ja zu Energiewende! Ja zu ausgewogener Lastenverteilung mit Erdkabel als Regelfall!	31-32
Resolution 2	Resolution: Willkommenskultur	33
Initiativresolution IR 1	Resolution: Gegen Rechts	34
Initiativresolution IR 2	Resolution: Flüchtlinge	35-36
Initiativantrag I 2	Keine Vorratsdatenspeicherung	37-38
Initiativantrag I 3	Mautgebühren	39
Initiativantrag I 5	Stärkung Ehrenamt - kommunal	40-41
Initiativantrag I 6	Preisanpassung - Anrufsammeltaxen	42
Solidaritätsbekundung S	Solidaritätsbekundung mit MitarbeiterInnen der BHW Postbank	43

Antragsübersicht und Beschlüsse

	Kurzbezeichnung	Beschlüsse
A 1	Stärkung des Ehrenamtes voranbringen	Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und SPD-KtF
A 2	Rosa-Helfers-Preis	Annahme und Weiterleitung an den UBV
A 3	Hameln-Pyrmont: Gute Schule – Gute Zukunft!	Annahme und Weiterleitung an die SPD-KtF und den SPD-Fraktionen in Städten und Gemeinden
A 4	Unterstützung Kommunalen Aktionsplan „Inklusion“	Annahme und Weiterleitung an die SPD-KtF
A 5	Ausbau des öffentlich zugänglichen Internets	Annahme und Weiterleitung an die SPD-KtF
A 6	Gleiches Entgelt für vergleichbare Arbeit	Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
A 7	Jugendquote	Annahme und Weiterleitung an SPD-Verbände
A 8	Zukunftsentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs	Annahme und Weiterleitung an die SPD-KtF und den SPD-Fraktionen in Städten und Gemeinden
A 9	Öffentlichen Nahverkehr zukunftsweisend gestalten	Zurückgezogen
A 10	SchülerInnenbeförderung	Annahme und Weiterleitung an die SPD-KtF
A 11	Umweltbewusstsein und nachhaltige Bildung an Schulen	Annahme und Weiterleitung an die SPD-KtF und den SPD-Fraktionen in Städten und Gemeinden
A 12, I 2 u. I 4	Konsequente Umsetzung eines fairen und nachhaltigen Welthandels	Annahme in geänderter Fassung und Weiterleitung an Bezirksparteitag
A 13	Erzieher und Erzieherinnen	Annahme und Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
O	Änderung des UB-Organisationsstatutes	Annahme
R 1	Resolution: Ja zu Energiewende! Ja zu ausgewogener Lastenverteilung mit Erdkabel als Regelfall	Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtags- und SPD-Bundestagsfraktion
R 2	Resolution: Willkommenskultur	Annahme und Weiterleitung an SPD-KtF
IR 1	Resolution: Gegen Rechts	Annahme
IR 2	Resolution: Flüchtlinge	Annahme und Weiterleitung an SPD-BZPT
I 2	Keine Vorratsdatenspeicherung	Annahme und Weiterleitung an Parteikonvent
I 3	Mautgebühren	Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
I 5	Stärkung Ehrenamt - kommunal	Annahme und Weiterleitung an die SPD-KtF und den SPD-Fraktionen in Städten und Gemeinden
I 6	Preisanpassung - Anrufsammeltaxen	Annahme und Weiterleitung als Material an die SPD-KtF
S	Solidaritätsbekundung	Annahme

Antrag A 1

Stärkung des Ehrenamts voranbringen

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die im Regierungsprogramm 2013-2018 genannten Schwerpunkte zur Stärkung des Ehrenamtes („9. Ehrenamt - Netzwerk der Lebenswelten) mit konkreten Gesetzen in die Umsetzung zu bringen. Dabei ist insbesondere auf eine Verbesserung der Freistellungsregelungen und flexiblen Arbeitszeitgestaltung von Beschäftigten, die sich in der Freiwilligenarbeit oder im politischen Ehrenamt engagieren, hinzuwirken. Außerdem wird auf zuständiger Ebene die verbesserte Inanspruchnahme von Ehrenamtskarten, z.B. für Feuerwehrmitglieder, geprüft.

Begründung:

Der Arbeitszeitrahmen von heute ist nicht mehr mit dem Arbeitszeitrahmen von vor 20 oder 30 Jahren zu vergleichen. Ein Ende der Arbeitszeit vor 18 Uhr ist heute eher Ausnahme als Regel.

Dies führt zu einer verstärkten Verlagerung des Ehrenamts in den Altersbereich über 60 Jahren. Durch heutige Arbeitszeitregelungen wird ein ehrenamtliches Engagement während einer aktiven Berufstätigkeit stark behindert. Schon heute klagen viele Vereine über fehlende Mitglieder und fehlende Bereitschaft zur Übernahme eines zusätzlichen Amtes.

Ähnlich sieht es auch im politischen Bereich aus. Auch hier zeigt sich eine altersmäßige Verlagerung in den Bereich des letzten Drittels der Arbeitstätigkeit bzw. des Ruhestands. Junge Menschen unter 40 Jahren sieht man als politische Mandatsträger sehr selten, was nicht zuletzt mit Schwierigkeiten bei den Freistellungsregelungen zusammenhängt.

Das Land NRW hat bereits die im Regierungsprogramm zitierte „Vorreiterrolle“ übernommen, in dem es schon 2012 das „Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes und zur Änderung weiterer kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften“ verabschiedet hat. Unter anderem wird dort in §44 der Gemeindeordnung für das Land NRW in Absatz 2 folgende Regelung getroffen: „(...)Bei Mandats-trägern, die innerhalb eines vorgegebenen Arbeitszeitrahmens über Lage und Dauer der individuellen Arbeitszeit selbst entscheiden können, ist die Zeit der Ausübung des Mandats innerhalb dieses Arbeitszeitrahmens zur Hälfte auf ihre Arbeitszeit anzurechnen. Der Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls nach § 45 ist in diesem Fall auf diese Hälfte beschränkt. (...)“

Damit wird die bisherige Freistellungspraxis für eine/n Beschäftigte/n mit Gleitzeitregelung im Vergleich zu einer/m Beschäftigten mit fester Arbeitszeit um ein Vielfaches verbessert.

Außerdem wurde in NRW ein Anspruch von 8 Urlaubstagen für kommunale Bildungsveranstaltungen je Wahlperiode neu eingeführt.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und SPD-Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme mit Änderung

Antrag A 2

Auslobung eines Rosa-Helfers-Preises

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der Unterbezirksparteitag beschließt:

Der Unterbezirk Hameln-Pyrmont lobt einen „Rosa-Helfers-Preis“ aus. Mit dem Preis soll soziales Engagement und Projekte im Landkreis Hameln-Pyrmont ausgezeichnet werden.

Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen.

Begründung:

Für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ist soziales Engagement ein Antrieb für politisches Handeln. Der auszulobende Preis soll in Erinnerung an das herausragende Handeln der heimische Sozialdemokratin Rosa-Helfers erinnern und alle zwei Jahre auf dem Unterbezirksparteitag verliehen werden. Als Anerkennung sollen soziale Projekte und soziales Engagement gefördert werden, die in vorbildlicher und herausragender Weise engagieren.

Es wird angeregt, ein mehrköpfiges Kuratorium einzurichten. Als erste Vorsitzende für das zu bildende Kuratorium wird Gabriele Lösekrug-Möller vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an den Unterbezirksvorstand

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Antrag A 3

Hameln-Pyrmont: Gute Schulen – Gute Zukunft!

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der Unterbezirksparteitag beschließt:

Der Unterbezirksparteitag begrüßt die Novellierung des niedersächsischen Schulgesetzes durch die Mehrheitsgruppe aus SPD und Grüne im Niedersächsischen Landtag.

Für den Landkreis Hameln-Pyrmont und seine Kommunen ist damit Sicherheit in der weiteren Schulentwicklung gegeben. Die in den „Eckpunkten für eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung in den Sekundarbereichen I und II des Landkreises Hameln-Pyrmont und der Städte Hameln und Bad Pyrmont“ formulierten und von der Mehrheitsgruppe gebilligten Leitziele sind eine gute Grundlage für die Umsetzung sozialdemokratischer Bildungspolitik in diesem Landkreis.

Der Unterbezirksparteitag fordert für den Landkreis eine einheitliche Schulträgerschaft in den Händen des Landkreises anzustreben. Nur so wird es gelingen, die bisher bei den derzeitigen drei Schulträgern sichtbaren unterschiedlichen Herangehensweisen an Schulentwicklungspolitik zu harmonisieren und den Landkreis zu einer attraktiven Bildungsregion zu entwickeln.

Ausgehend vom Primat der freien Schulwahl durch Eltern und Schüler am Ende der Grundschulphase stellt der Schulträger neben dem gymnasialen Angebot zukünftig ein differenziertes möglichst ortsnahe qualitativ hochwertiges kooperatives / integriertes schulisches Angebot bereit.

Angesichts der demographischen Entwicklung ist dabei auf arbeitsfähige schulische Größen und Schulformen abzustellen, mit denen auch ein differenziertes Angebot möglich ist. Die Kooperation von Schulen mit unterschiedlichen Profilen wird ausdrücklich unterstützt. Dies gilt insbesondere dort, wo die Nachfrage den Bestand einzelner Schulen auf Dauer nicht mehr rechtfertigt.

Neben dem langfristigen Erhalt des Gymnasiums in Bad Pyrmont mit den Sekundarstufen I und II sowie von Gymnasien in Hameln mit den Sekundarstufen I und II sowie der KGS in Salzhemmendorf mit den Sekundarstufen I und II und der KGS Bad Münder bei vorgegebener Dreizügigkeit sollen die im Landkreis vorhandenen kooperativen und integrierten Systeme für eine höchstmögliche Förderung und Durchlässigkeit hin zu einem qualifizierten schulischen Bildungsabschluss weiter entwickelt werden. Dort, wo der Bildungsgang aufgrund zu geringer Schülerzahlen mit der Sek. 1 endet, ist über Kooperationsvereinbarungen zwischen einzelnen Schulen ein reibungsloser Übergang von einer zur anderen Bildungseinrichtung zu ermöglichen. Dabei sollten die IGS Hameln und die KGS Salzhemmendorf die natürlichen Anbieter für Sek. 1-Absolventen der kooperativen und integrierten Systeme des Landkreises sein, um diese Schülerinnen und Schüler zum Abitur zu führen.

Der Landkreis sichert als Schulträger neben dem allgemeinbildenden Angebot auch ein umfangreiches mit der lokalen Wirtschaft abgestimmtes Berufschulangebot am Standort Hameln auf der Grundlage des sog. Hamelner Modells. Am Schulstandort Hameln werden die Anbieter für die Sek. II aufgerufen, ihre Zusammenarbeit im Sinne einer curricularen Weiterentwicklung zu vertiefen und auszubauen.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion und den SPD-Fraktionen in den Städten und Gemeinden

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme mit Änderungen bei einer Enthaltung

Antrag A 4

Kommunaler Aktionsplan „Inklusion“

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der Unterbezirksparteitag beschließt:

Die SPD Hameln-Pyrmont unterstützt den kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter Beteiligung aller Betroffenen, insbesondere von Menschen mit Behinderung selbst und den bereits bestehenden Strukturen, wie dem Forum Inklusion und dem Behinderten, Senioren- und Migrationsrat, zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Mit der Verabschiedung der UN - Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet in allen seinen Institutionen Voraussetzungen für eine inklusive Gesellschaft zu schaffen. Gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes sind auf Bundes- und Länderebene alle gesetzgebenden und politischen Gremien an die UN - BRK gebunden. Die Kommunen und Landkreise sind herausgefordert, die Bestimmungen der UN - BRK in die Praxis umzusetzen.

Inklusion verändert die bisherige Perspektive. Dabei geht es nicht darum, Menschen mit Behinderungen in die bestehenden Strukturen zu integrieren, sondern die gesellschaftlichen Strukturen so zu verändern, dass sie der Vielfalt der menschlichen Lebenslagen gerecht werden. Inklusion beginnt mit einer Haltung des Respekts und der Wertschätzung gegenüber allen Menschen und ihrer Vielfalt. Eine inklusive Gesellschaft sieht alle Menschen, gleich welcher Fähigkeiten oder Bedarfe, welcher Herkunft, Weltanschauung oder sexueller Identität, als individuell, besonders und gleichberechtigt an. Der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft muss dabei als Prozess gesehen werden, der viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Hameln-Pyrmont betrachtet die Inklusion als Querschnittsaufgabe des kommunalen Handelns. Es soll ein inklusionsfreundliches Klima geschaffen werden. Die Zielsetzungen der UN - Konvention bei der Umgestaltung zu einer inklusiven Gesellschaft sollen in allen Bereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen, Freizeit, Kultur, Gesundheit und Pflege angemessen berücksichtigt und umgesetzt werden.

Alle Entscheidungen von Kreistag und Verwaltung werden daher zugunsten einer inklusiven Ausgestaltung der kommunalen Strukturen und Angebote gefällt.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Antrag A 5

Ausbau des öffentlichen zugänglichen Internets

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Die SPD Hameln-Pyrmont unterstützt Vorhaben des Landkreises Hameln-Pyrmont und im Landkreis Hameln-Pyrmont, ein Netzwerk für ein öffentlich zugängliches Internet aufzubauen und, soweit vorhanden, weiter auszubauen.

Das Weserbergland ist ein touristischer Magnet. Der Schwerpunkt als Gesundheitsregion ist der Träger dieser Entwicklung. Aktuell kommen aber auch immer mehr Menschen abseits von Reha-Maßnahmen in unsere Region. Ob mehrtägige Wellness-Aufenthalte oder Tagesausflüge zu historischen Orten – unsere Region ist gefragt.

Der Bekanntheitsgrad und die Reputation einer Region sind entscheidend für die Fremdenverkehrszahlen. Multiplikatoren sind Touristen und Werbung/Marketing, die ein entsprechendes Bild in der externen Wahrnehmung unserer Region zeichnen.

Öffentlich zugängliches Internet stellt eine Fusion aus Reputation und Werbung dar: Es kann von Touristen als Wegweiser, Informationsquelle und als virales Netzwerk zur unmittelbaren Verbreitung der Urlaubserlebnisse genutzt werden.

Begründung:

Um das Weserbergland weiter als touristische Region zu stärken, muss auf neue Trends eingegangen und die Konzepte entsprechend angepasst werden. Die Konkurrenz aus anderen Regionen Deutschlands ist sehr groß und die digitale Entwicklung sollte, trotz des ersten Standbeines als Gesundheitsregion, nicht vernachlässigt werden.

Die SPD Hameln-Pyrmont unterstützt daher Projekte im Landkreis Hameln-Pyrmont, die durch die Einrichtung von Internet-Hot-Spots, mobilen Digitalangeboten und Vernetzungsideen, eine Aufwertung des Tourismus im Weserbergland erreichen wollen.

Gleichermaßen betonen wir, dass die traditionelle Darstellung und Angebotsbreite nicht zu Gunsten eines Ausbaus des digitalen Angebots zurückgefahren werden darf. Damit kein Gesellschaftsteil ausgeschlossen wird, müssen die bestehenden Angebote erhalten bleiben. Die digitale Weiterentwicklung der Tourismusregion Weserbergland funktioniert nur, wenn die kulturellen Angebote vor Ort attraktiv sind. Die SPD Hameln-Pyrmont sieht dies als Basis der Wertschöpfungskette Tourismus und den digitalen Ausbau als ein Werkzeug für dessen Aufwertung.

Die Entwicklung zu einer „Sofort“-Bedienkultur hat in vielen Bereichen des Lebens Einzug gehalten. Alle Informationen zu jedem Thema sind rund um die Uhr verfügbar. Wir legen aber genau deshalb Wert auf einen ausgewogenen und verantwortungsvollen Umgang mit der digitalen Informationsverbreitung und deren Nutzung.

Die Hürden des Gesetzgebers in Deutschland sind für eine Umsetzung relativ hoch; dies hat vor allem datenschutzrechtliche Gründe und betrifft den juristischen Komplex von Haftungsfragen. Hier muss nachgebessert werden, da vor allem kleine und mittelständische Unternehmen vor der Einrichtung eines öffentlichen Hot-Spots zurückschrecken, da bei der derzeitigen Gesetzeslage Klagen (bspw. Urheberrechtsverletzungen) nicht auszuschließen sind.

Wir sind uns sicher, dass der Aufbau eines Netzwerkes von öffentlich zugänglichen Hot-Spots eine Vitalisierung der Tourismusregion Weserbergland herbeiführt. Die Gewinnung neuer Zielgruppen durch die multimediale Präsenz stellen mögliche Perspektiven dar.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Antrag A 6

Gleiches Entgelt für vergleichbare Arbeit! – Das Mindeste ist ein Entgeltgleichheitsgesetz jetzt!

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Das statistische Bundesamt bestätigt in diesem Jahr: 22% Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen in Deutschland. Auch wenn andere Institute zu anderen Ergebnissen kommen (mal mehr, mal weniger), die Lohnlücke ist Fakt! Sie ist eine Folge der systematischen Unterbewertung der Erwerbsarbeit von Frauen.

Die Ungleichbezahlung von Frauen und Männern hat u.a. mit rollenstereotypen zu tun: Frauen arbeiten häufiger in geringer bewerteten und vergüteten Berufen. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit und/oder Minijobs. Frauen sind deutlich seltener in Führungspositionen. Trotz unterschiedlicher Berechnungsformeln, statistischer Erhebungen und bereinigter Entgeltlücken: der Entgeltunterschied bleibt bestehen. Schon ein Blick auf bestehende Vergütungsunterschiede und Lohnhöhen zwischen Erzieherinnen, Altenpflegerinnen und Facharbeitern in der Elektro- und Automobilindustrie genügt.

Diese Differenzen werden nicht allein durch Tarifverträge gelöst. Es ist eine hochpolitische und gesamtgesellschaftliche Frage. Klagen wir über Fachkräftemangel in der Pflege, über lange und rentenrechtlich nicht anerkannte Fachschulausbildungen für Pflege und Erziehung, sind Gesetzgeber gefragt (hier Bund und Länder), Klagen wir über Lohnunterschiede für gleichwertige Tätigkeit in einem Unternehmen bzw. in einer Branche, sind Tarifpartner und Gesetzgeber gefragt.

Deshalb ist es das Mindeste, mit einem Entgeltgleichheitsgesetz zunächst Transparenz zu schaffen. Der Bundestag muss dies noch in dieser Legislaturperiode schaffen!
Der nächste Schritt muss echte Gleichheit im Lohn für vergleichbare Arbeit sein. Frauen warten drauf schon seit Generationen!

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Antrag A 7

„Jugend-Quote“ für kommende Kommunalwahlen im SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Alle dem SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont unterstehenden Gliederungen unterstreichen die Notwendigkeit einer perspektivischen Aufstellung von kommunalen Räten bzw. des Kreistags. Um dem Wähler / der Wählerin ein interessantes Personaltableau zu präsentieren, wird daher die bereits 2009 beim Unterbezirksparteitag beschlossene „Jugend-Quote“ bestätigt. Bei kommenden Kommunalwahlen soll es mindestens einen aussichtsreichen Listenplatz auf der jeweiligen Liste zur Wahl der Orts-, Gemeinde- bzw. Stadträte sowie des Kreistages für eine/n KandidatIn im Juso-Alter (bis 35 Jahre) geben.

Begründung:

Die bisherige Aufstellung von Räten bzw. des Kreistags zeigt ein deutliches Ungleichgewicht bei der Repräsentation der Gesamtbevölkerung in Bezug auf das Alter. Wenn die SPD Hameln-Pyrmont weiterhin in allen Altersklassen ein überzeugendes Wahlergebnis erreichen möchte, sind KandidatInnen notwendig, die die gesamte Bandbreite („von 18 bis 80“) abdecken. VertreterInnen in kommunalen Entscheidungsgremien sollten immer auch die gesamte Bevölkerung repräsentieren.

Die Einführung einer „Jugend-Quote“ im SPD Unterbezirk Hameln-Pyrmont soll seit 2009 -bei entsprechender Bereitschaft möglicher KandidatInnen- zu einer Verjüngung der SPD-Fraktionen in kommunalen Parlamenten führen. Auch junge Leute sollen in unserer Partei die Chance bekommen an der politischen Entscheidungsfindung in kommunalen Gremien teilzuhaben.

KandidatInnen im Juso-Alter würden auch die Interessen der jungen Bevölkerungsschicht angemessen vertreten können und somit jüngere Wählerschichten zu den Kommunalwahlen bewegen.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an alle SPD-Verbände

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Annahme bei 4 Gegenstimmen

Antrag A 8

Zukunftsentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Weserbergland

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Die SPD-Fraktionen im Kreistag des Landkreises Hameln-Pyrmont und ggfs. die Fraktionen in den Gemeinden und Städten werden aufgefordert den ÖPNV im Weserbergland zukunftssicher zu gestalten. Dies soll insbesondere durch folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Eine Fusion im ÖPNV zwischen der Verkehrsgesellschaft Hameln-Pyrmont, der Kraftverkehrsgesellschaft Hameln und der Verkehrsbetriebe der Stadtwerke Bad Pyrmont wird positiv begleitet und
- für einen zukünftigen Beitritt des Landkreises Holzminden offen zu halten.
- Anstrengung zugunsten von differenzierten Bedienformen zur Sicherstellung einer flächendeckenden, alltagstauglichen und für alle zugänglichen Mobilität zu unternehmen.
- ein einheitliches Ticketsystem / durchgängiges Tarifstruktursystem für Bus+Bahn

Darüber hinaus wird die SPD auf Landes- und Bundesebene aufgefordert, die derzeitigen gesetzlichen Finanzierungsmöglichkeiten auf die Möglichkeit der Erweiterung hin zu Alternativen zu überprüfen.

Begründung:

Mobilität ist nicht nur einer der wichtigsten Standortfaktoren, sondern auch essenziell für die erfolgreiche Teilhabe des Einzelnen an Gesellschaft und Berufsleben. Wo die allgemeine Mobilität in Ballungsräumen stetig zunimmt, muss gerade der ländliche Raum mit der Aufrechterhaltung unter dem Druck des demografischen Wandels kämpfen.

Der Unterbezirksparteitag hat sich bereits 2013* für eine Sicherstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs mit einem Mindestmaß an Mobilität ausgesprochen. Dies gilt es nun zu konkretisieren.

Schon heute wird der ÖPNV im Landkreis Hameln-Pyrmont von weiten Teilen unter einer Marke wahrgenommen – den Öffis. Nun gilt es, diese auch in rechtlicher Natur zu einem Unternehmen zu formen. Dies hat nicht nur rechtliche Vorteile, sondern verspricht nicht wenige Synergieeffekte und Effizienzsteigerungen. Vor allem aber ermöglicht ein möglichst groß und breit aufgestelltes Nahverkehrsunternehmen die kontinuierliche Arbeit an innovativen Angebotsformen und erleichtert die Aufrechterhaltung der Verkehre. Besonders vor diesem Hintergrund soll auf eine mittelfristig gemeinsame Ausrichtung des ÖPNVs mit dem Landkreis Holzminden hingearbeitet werden. Dieser hat enormes Nachholpotenzial, was die Erschließung des ländlichen Raumes mit Mobilitätsangeboten angeht und ist zugleich ein natürlicher Partner im Weserbergland. So würde eine gemeinsame Verkehrsgestaltung nicht nur dem Landkreis Holzminden nutzen, sondern auch den gesamten Verkehr im Weserbergland stärken.

Auch gilt es weiter die schon ergriffenen Maßnahmen um alternative Bedienformen, wie Bürgerbusse, zu forcieren. Klar muss aber auch sein: Ehrenamtliches Engagement darf nicht zur Verdrängung von Arbeitsplätzen führen. In ländlichen Strukturen, wo teils gar kein regelmäßiger Personenverkehr stattfindet, ist dies aber auch keine Befürchtung.

Zuletzt gilt es auch, die Landes- und Bundesgesetze hinsichtlich innovativer Finanzierungsmöglichkeit zu überprüfen. Derzeit stehen als Instrumente der Finanzierung nur Zuschüsse der Gesellschafter und die natürliche Erwirtschaftung von Umsätzen zur Verfügung. Nicht wenige in der Wissenschaft und Forschung diskutierte Alternativen wie umlagebasierende System scheitern alleine schon in der Erprobung an Landes- oder Bundesgesetzen.

*Antrag A4 SPD-UB Hameln-Pyrmont 20.April 2013 - Sicherstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Bereich des Landkreises Hameln-Pyrmont

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion und den SPD-Fraktionen in den Städten und Gemeinden

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Annahme mit Änderungen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung

Antrag A 9

Öffentlichen Personennahverkehr zukunftsweisend gestalten!

Antragsteller: Jusos

Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen

Antrag A 10

Bildung muss für alle erreichbar sein!

Antragsteller: Jusos

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Der Landkreis Hameln-Pyrmont soll eine Konzeption entwickeln, bei der eine kostenlose SchülerInnenbeförderung aller SchülerInnen im Landkreis ermöglicht wird.

Begründung:

Zur Zeit ist es so, dass lediglich SchülerInnen des Sekundarbereichs I (Klasse 5 bis Klasse 10) eine Schülersammelzeitkarte bekommen, sofern ihr Schulweg mehr als zwei Kilometer beträgt. Die Kosten der Schülersammelzeitkarte werden vom Landkreis übernommen. Genauso bekommen SchülerInnen einiger Schulformen (u.a. BVJ, BEK) an einer Berufsschule ebenfalls die Schülersammelzeitkarte ausgestellt.

Für SchülerInnen anderer Schulformen, wie z.B. der gymnasialen Oberstufe oder der Fachoberschule, wird keine Schülerzeitkarte ausgestellt. Hier müssen die SchülerInnen bzw. deren Eltern für die Kosten des Schulweges aufkommen.

Hier lässt sich erkennen, dass Bildung sehr wohl noch vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wie soll man eine weiterführende Schule besuchen, wenn man sich den Weg dorthin nicht leisten kann? Diese Frage lässt sich nur klären, indem man es auch SchülerInnen der Sekundarstufe II ermöglicht, kostenlos zur Schule zu kommen.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme mit Änderung

Antrag A 11

Umweltbewusstsein und nachhaltige Bildung an Schulen fordern und fördern!

Antragsteller: Jusos

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Die SPD Kreistags- bzw. Ratsfraktionen wird/werden darum gebeten, die nachhaltige Bildung in Schulen mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Ziel soll es sein, das Umweltbewusstsein der Schülerinnen und Schüler zu stärken.

Wir fordern folgende konkrete Maßnahmen:

1. Das derzeitige System der Mülltrennung an allen Schulen im Landkreis wird auf den Prüfstand gestellt. Dabei soll darauf hingewirkt werden – in Zusammenarbeit mit den SchülerInnen - eine striktere Mülltrennung als bisher an den Schulen durchzuführen.
2. Die Arbeit der Klimaschutzagentur Weserbergland im Bereich der Umweltbildung soll stark erweitert und verstärkt werden.
3. Eine gezielte Förderung von Maßnahmen, die der nachhaltigen Bildung der Schülerschaft dienen und aus eben dieser kommen. Sowohl in ideeller, als auch in materieller Form.

Begründung:

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem Umbruch. Der Klimawandel, eine stetig wachsende Weltbevölkerung und ein immer höherer Grad der Verschwendung von Ressourcen machen ein Umdenken notwendig. Um einem derartigen Umdenken jedoch den Weg zu bereiten, ist es notwendig schon früh damit zu beginnen, ein Bewusstsein für all diese Probleme zu schaffen. Wir betrachten es daher als essentiell in Schulen Umweltbewusstsein und nachhaltige Bildung klar und deutlich zu fordern und zu fördern!

1. Mülltrennung ist zum Schutz unserer Umwelt essentiell. Durch sie werden viele Abfallstoffe wiederverwertet, wodurch die Restmüllmenge deutlich reduziert wird. Das bedeutet, dass weniger Müll verbrannt wird und weniger Schadstoffe in die Umwelt gelangen, andererseits aber auch einen essentiellen Beitrag zum Ressourcenschutz, der von Tag zu Tag immer notwendiger wird.
Leider wird an vielen Schulen unseres Landkreises nur nach Altpapier und Restmüll getrennt, in einigen Unterrichtsräumen ist gar nur eine Restmülltonne vorhanden. Eine gelbe bzw. Bio- tonne fehlen fast immer. Dies führt unseres Erachtens nach zu einem falschen Signal an SchülerInnen. Nicht zuletzt aufgrund der Vorbildfunktion der Schulen sollen SchülerInnen durch eine konsequente Mülltrennung ein stärkeres Bewusstsein für ihre Umwelt entwickeln
2. Bereits heute leistet die Klimaschutzagentur einen wichtigen und belegbaren Beitrag in diesem Bereich, stößt aufgrund der enormen Anzahl an SchülerInnen und Schulen in ihrem Wirkungsbereich aber auch immer mehr an ihre Grenzen. Eine Aufstockung der Ressourcen ist daher wichtig und notwendig um nicht nur für einige, sondern für alle etwas erreichen und ermöglichen zu können!

3. Es zeigt sich immer wieder, dass Schülerinnen und Schüler ein reges Interesse haben sich auch außerhalb des normalen Unterrichts für bestimmte Projekte zu engagieren. Schulen stoßen hier jedoch oft an die Grenzen des von ihrer Seite aus Leistbaren. An dieser Stelle sollten die Kommunen als AnsprechpartnerInnen, UnterstützerInnen und VermittlerInnen fungieren, um wichtiges bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion und den SPD-Fraktionen in den Städten und Gemeinden

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Antrag A 12 mit Änderungsanträgen I 1 und I 4

Für konsequente Umsetzung eines fairen und nachhaltigen Welthandels - CETA, TTIP, TiSA: So nicht!

Antragsteller: Jusos, Stadtverband Bad Münder

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist ein viel kritisierendes Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, welches sich zurzeit in den Verhandlungen befindet. Viele Menschen verbinden mit den TTIP-Verhandlungen erhebliche Sorgen. Vor allem haben sie die Befürchtung, dass durch TTIP bewährte Rechte und Standards in Europa unterlaufen werden könnten. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Deshalb fordert die SPD Hameln-Pyrmont:

Transparenz

Die SPD steht für mehr Demokratie und Transparenz bei den Verhandlungen internationaler Handelsabkommen. Dies umfasst einen stetigen und umfassenden Einblick in die Verhandlungsdokumente sowie eine stärkere Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Akteure, insbesondere der kommunalen Ebene. Die Einbeziehung in die Verhandlungen muss so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist. Regulatorische Kooperationsgremien mit weitgehenden Befugnissen zur Interpretation der Bestimmungen solcher Abkommen lehnen wir ab. Sämtliche Abkommen sind so zu gestalten, dass auch künftige Generationen die demokratische Freiheit besitzen, über die Abkommen ganz oder in Teilen neu zu entscheiden.

Wahrung von Standards

Die SPD steht dafür, die hohen europäischen Standards zu Arbeitnehmerrechten, Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz zu sichern. Der entsprechende Handlungsspielraum der EU bzw. ihrer Mitgliedstaaten, in bestimmten Bereichen als notwendig erachtete höhere Standards und Regulierungen beizubehalten und insbesondere auch neu einzuführen, darf nicht eingeschränkt werden. Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping oder zur Verwässerung des Umwelt- und Verbraucherschutzes werden.

Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge

Die SPD steht dafür, dass die hohe Qualität sowie soziale und ökologische Standards im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge sowie das Recht zur kommunalen Selbstverwaltung gewahrt werden.

Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge (Energie, Wasser, öffentlicher 49 Verkehr, sozialer Wohnungsbau sowie Gesundheits-, Kultur- und Bildungsdienstleistungen) sind auf internationaler Ebene nicht wettbewerbsrelevant, sondern dienen den Bürgerinnen und Bürgern, die über Steuern und Abgaben für ihre Finanzierung sorgen.

Keine privaten Schiedsgerichte

Die SPD lehnt Investitionsschutzvorschriften, nach denen im Konfliktfall unter Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit private Schiedsgerichte über Schadenersatzklagen von Unternehmen gegen Staaten entscheiden, ab. Wir unterstützen dahingegen den Vorschlag eines öffentlichen Handelsgerichtshofs.

Fairer und nachhaltiger internationaler Handel

Die SPD steht für einen fairen und nachhaltigen internationalen Handel. Bilaterale Handelsabkommen zwischen Industriestaaten schließen Schwellen- und Entwicklungsländer von den vereinbarten vorteilhaften Bedingungen aus und benachteiligen diese daher im internationalen Wettbewerb. Dies widerspricht dem Ziel eines fairen und nachhaltigen internationalen Handels. Die SPD setzt sich daher mit Nachdruck dafür ein, dass der multilaterale Ansatz im Rahmen der WTO umgesetzt wird und dass Schwellen- und Entwicklungsländer die Chance bekommen, ihre Wettbewerbsvorteile auch zu nutzen. Bilaterale Handelsabkommen sollten dieses Ziel mit einschließen und können somit nur einen ersten Schritt hin zu einer multilateralen Lösung sein.

Beschluss des Parteitages:

Annahme mit Änderungen und Weiterleitung an den SPD-Bezirksparteitag

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme bei 1 Enthaltung

Antrag A 13

**Erzieher und Erzieherinnen:
Exzellente ausgebildet, stark nachgefragt und trotzdem schlecht bezahlt**

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialassistenten sollten nach dem BBiG, d.h. im dualen System ausgebildet werden, mindestens sollte dies als Alternative angeboten werden

Begründung:

Die Ausbildung zum bzw. zur Erzieher/in ist anspruchsvoll und dauert insges. vier Jahre. In der ersten Hälfte erfolgt die Ausbildung zum/zur Sozialassistenten/in; daran schließt sich die Qualifizierung zum/zur Erzieher/in an. Es handelt sich durchgehend um eine Fachschulausbildung, entsprechend entfällt eine Ausbildungsvergütung. Daraus folgt, dass der Lebensunterhalt nicht einmal zum Teil durch ein Ausbildungsentgelt bestritten werden kann. Ein Anspruch auf BAFÖG, Wohngeld und / oder Leistungen nach dem SGB besteht. Hierbei unterliegen die Schüler und Schülerinnen den Regeln der Bedarfsabhängigkeit dieser Leistungen. Derzeit müssen sich viele mit Nebenjobs über Wasser halten.

Das Bundesland Baden-Württemberg ermöglicht bereits die Erzieher-Ausbildung im dualen System. Wenn der akute Fachkräftebedarf in den Erziehungs- und Pflegeberufen politische Lösungen erforderlich macht, sollte die Ausbildungsphase dabei nicht unbeachtet bleiben. Schon hier können viele spätere Fachkräfte verloren gehen bzw. gewonnen werden.

Im späteren Berufsleben wird es sicher auch darauf ankommen, diese Fachkräfte angemessen zu bezahlen und ihnen möglichst unbefristete Vollzeitverträge anzubieten. Unsere Kinder sollten es und Wert sein.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme bei 1 Enthaltung

Antrag O

Neufassung des Organisationsstatutes des Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Der Unterbezirksvorstand und die Antragskommission empfehlen die Neufassung des Organisationsstatutes in der vorliegenden Fassung der Antragskommission (siehe Anlage).

Begründung:

Gemäß Auftrags des letzten UB-Parteitages ist eine Organisations- und Strukturkommission eingesetzt worden. Die Aufgabe der Kommission ist die Analyse bestehender Parteistrukturen im Blick auf ihre Aufgabenstellung, die Überprüfung des Standes der Organisationsreform und ggf. die Entwicklung von Änderungsvorschlägen, die dann dem Unterbezirksvorstand und einem Unterbezirksparteitag zur Beratung und Entscheidung vorzulegen sind.

Ein Ergebnis war die Verkleinerung des Parteitages auf 100 Delegierte. Gründe der Praxistauglichkeit und letztlich auch der Kosten sprechen für eine Verkleinerung von bisher 160 auf 100 Delegierte. Die Auswahl an geeigneten und finanzierbaren Tagungsstätten gestaltet sich zunehmend schwieriger. Gleiches gilt für die Wahl von Delegierten. Ein Ortsverein, wie z.B. der OV Hameln, hatte bisher tlw. bis zu 50 Delegierte zu wählen. Personelle Grenzen sind dort schnell erreicht. Aber auch kleinere Gliederungen haben bei rückläufigen Mitgliederzahlen ähnliche Probleme.

Die neue Delegiertenzahl trägt dem Rechnung und gewährleistet auch weiterhin die Teilhabe von kleinen Gliederungen.

Nebenbei wurde das „Altstatut“ hinsichtlich seiner Praxistauglichkeit überprüft und verbessert. Veränderung haben unmittelbare Auswirkungen auf die §§ 4 und 5 des Statutes.

Beschluss des Parteitages:

Annahme

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Anlage Organisationsstatut
in der Beschlussversion

SPD

**Organisationsstatut
des
Unterbezirks Hameln-Pyrmont
der
Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands**

Beschlussversion vom 25. April 2015

§ 1

NAME UND TÄTIGKEITSBEREICH

- (1) Der Unterbezirk umfasst den Landkreis Hameln-Pyrmont. Er führt den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Unterbezirk Hameln-Pyrmont.
- (2) Sein Sitz ist Hameln, Heiliggeiststr. 2, 31785 Hameln.

§ 2

GLIEDERUNG UND PARTEIZUGEHÖRIGKEIT

- (1) Der Unterbezirk gliedert sich in Ortsvereine.
- (2) Ortsvereine werden in der Regel auf der Grundlage der politischen Gemeinde gebildet.
- (3) Über eine abweichende Abgrenzung beschließt der Unterbezirksvorstand nach Stellungnahme der betroffenen Gliederungen. Bestehen demnach in einer Gemeinde/Stadt mehrere Ortsvereine, so bilden sie einen Gemeinde-/Stadtverband.

§ 3

ORGANE DES UNTERBEZIRKS

Organe des Unterbezirks sind:

- Unterbezirksparteitag
- Unterbezirksvorstand

§ 4

UNTERBEZIRKSPARTEITAG

- (1) Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks. Er setzt sich zusammen:
 - a) aus **100** (160) von den Ortsvereinen gewählten Delegierten. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den vergangenen vier Quartalen Beiträge abgerechnet worden sind (Berechnungsverfahren nach Hare-Niemeyer);
 - b) aus den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes;
 - c) die im Unterbezirk arbeitenden Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren entsenden stimmberechtigte Delegierte. Der Unterbezirksvorstand legt jeweils mit den Einberufungen die Zahl der Delegierten fest und welche Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren betroffen sind.

Erläuterung: Reduzierung gemäß der Empfehlung der Orga- und Strukturkommission. Die Reduzierung auf 100 Delegierte erfordert zwingend auch eine Reduzierung des Vorstandes. Siehe das 1/5 Quorum gemäß § 18 Abs. 5 Bezirksstatut.

(3) Alle zwei Jahre findet ein ordentlicher Unterbezirksparteitag statt, der vom Unterbezirksvorstand mindestens vier Wochen vorher einberufen wird. *In der Regel sollte die Einberufung mit der Bekanntgabe der Tagesordnung bereits drei Monate vorher durch Bekanntgabe an die Gliederungen, die Delegierte zu wählen haben, erfolgen.*

Erläuterung: Die Dreimonats-Regelung entspricht der gängigen Praxis im Unterbezirk.

- (3) Mit beratender Stimme nehmen am Unterbezirksparteitag teil:
- a) die im Bereich des Unterbezirks gewählten Mitglieder der SPD Europa-, Bundestags- und Landtagsfraktion;
 - b) *der/die sozialdemokratische Landrat/-rätin des Landkreises Hameln-Pyrmont sowie der/die sozialdemokratischen hauptamtliche/n Bürgermeister/innen im Landkreis Hameln-Pyrmont;*
 - c) die/der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion;
 - d) die Vorsitzenden der bestehenden Arbeitsgemeinschaften;
 - e) die Revisoren des Unterbezirks;
 - f) je ein/e Vertreter/in der vom Unterbezirk gebildeten Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise, Kommissionen und Foren, sofern sie Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind;
 - g) die Vorsitzenden der Stadt- und Gemeindeverbände und Ortsvereinsvorsitzende gemäß § 2, sofern sie nicht gewählte Delegierte sind.
- (4) Der Unterbezirksparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer/innen, wählt die Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung. Der Unterbezirksparteitag ist beschluss-fähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten (§ 4 Absatz 1) anwesend sind.
- (5) Die Verhandlungen des Parteitages sind parteiöffentlich.
- (6) Anträge von Organisationsgliederungen *müssen im Fall der dreimonatigen Einberufung mindestens vier Wochen vor dem Parteitag* beim Unterbezirksvorstand schriftlich eingegangen sein. Im Fall einer kürzen Einberufung sind die Anträge mindestens zwei Wochen *vor dem Parteitag* eingegangen sein. Die Anträge sind den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes und den Delegierten mit einer Stellungnahme der Antragskommission zu übermitteln.

Erläuterung: Abs. 3 Buchstabe b) wird ergänzt, da es der Regelung in § 7 beim Unterbezirksvorstand entspricht. Die fortlaufende Aufzählung verschiebt sich entsprechend. Die Regelung in Abs. 6 wird aus Gründen der tatsächlichen Praxis angepasst. Im Internetzeitalter können die Informationen ins Netz gestellt werden bzw. überwiegend vermailt werden. Die Parteitagsunterlagen liegen im Büro aus und werden auf dem Parteitag in gedruckter Form ausgegeben.

- (7) Antragskommission:
Die Antragskommission besteht aus mindestens vier Mitgliedern, die der Unterbezirksvorstand beruft.
- (8) Initiativanträge aus der Mitte des Unterbezirksparteitages werden behandelt, wenn der Parteitag dem zustimmt. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung.
- (9) Über die Verhandlung des Unterbezirksparteitages wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt, das allen Delegierten und Ortsvereinen bei Bedarf zur Verfügung gestellt wird.

§ 5

AUFGABEN DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES

- (1) Entgegennahme der Berichte
 - a) des Unterbezirksvorstandes,
 - b) des für das Finanzwesen verantwortlichen Vorstandsmitgliedes,
 - c) der RevisorInnen.
- (2) Beschlussfassung über die Berichte zu 1 a).
- (3) Entlastung des Unterbezirksvorstandes in Finanzangelegenheiten.
- (4) Wahl des Unterbezirksvorstandes, der Bezirksbeirats(- und Landesparteirats)mitglieder und deren Vertreter/innen, der RevisorInnen und der Schiedskommission.
- (5) Für bestimmte Aufgaben können durch den Parteitag weitere Beauftragte gewählt werden.
Erläuterung: Neue Aufgabe durch Statut des Landesverbandes.
- (6) Wahl der Delegierten des Unterbezirks zu Bundes- und Landes- und Bezirks-Parteitag.
- (7) Beschlussfassung über die gestellten Anträge.
- (8) Beschlussfassung über die Parteiorganisation des Unterbezirks und alle das Parteilieben berührenden Fragen.

§ 6

AUßERORDENTLICHER UNTERBEZIRKSPARTEITAG

- (1) Ein außerordentlicher Unterbezirksparteitag ist einzuberufen:
 - a) auf Beschluss des Unterbezirksparteitages;
 - b) auf Beschluss des Unterbezirksvorstandes, der mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit gefasst sein muss;
 - c) auf Antrag von mindestens $\frac{1}{4}$ der Ortsvereinsvorstände;
 - d) auf Antrag von 10 % der Mitglieder des Unterbezirks.
- (2) Im Übrigen gilt § 4 dieses Statutes.

§ 7

UNTERBEZIRKSVORSTAND

- (1) Die Leitung des Unterbezirks obliegt dem Unterbezirksvorstand. Der Unterbezirksvorstand besteht aus dem/der Unterbezirksvorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem/der Finanzverantwortlichen, dem/der Schriftführer/in und einer vom Unterbezirksparteitag festzusetzenden Zahl weiterer Mitglieder. Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder des Unterbezirksvorstandes darf nur bis zu 1/5 der Gesamtstimmberechtigten des Unterbezirksparteitages betragen.
- (2) Unter den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes müssen Männer und Frauen mindestens zu je 40 Prozent vertreten sein.
- (3) Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Unterbezirksvorstandes teil:
 - a) die im Unterbezirk gewählten SPD-Abgeordneten des Bundestages, Landtages, Europäischen Parlaments;
 - b) der/die sozialdemokratische Landrat/-rätin des Landkreises Hameln-Pyrmont;
 - c) der/die sozialdemokratischen hauptamtliche/n Bürgermeister/innen im Landkreis Hameln-Pyrmont;
 - d) der/die Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion;
 - e) je ein/e von den Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen, Projektgruppen und Foren im Unterbezirk entsprechend dem Organisationsstatut der Partei benannte/r Vertreter/in;
 - f) die Vorsitzenden der Stadt- und Gemeindeverbände und Ortsvereinsvorsitzende gemäß § 2, aus deren Bereich kein stimmberechtigtes Mitglied im Unterbezirksvorstand kommt;
 - g) je ein/e VertreterInnen befreundeter Organisationen
 - h) der/die zuständige Büroleiter/in.
- (4) Der Unterbezirksvorstand tagt grundsätzlich parteiöffentlich. Auf Beschluss der Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder kann die Parteiöffentlichkeit von der Beratung einzelner Tagesordnungspunkte ausgeschlossen werden.
- (5) Der Unterbezirksvorstand bildet aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Vorstand. Der/die Vorsitzende, die drei Stellvertreter/innen, der/die für das Finanzwesen-verantwortliche und ein weiteres Mitglied bilden den geschäftsführenden Vorstand zur Durchführung der Unterbezirksvorstandsbeschlüsse und zur laufenden politischen und organisatorischen Geschäftsführung der Partei.

Der/die zuständige Büroleiter/in nimmt beratend an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes teil.
- (6) Der Unterbezirksvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 8

AUFGABEN DES UNTERBEZIRKSVORSTANDES

- (1) Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk und ist für die Ausführung der Beschlüsse des Unterbezirksparteitages und den Aufgaben aus den Statuten verantwortlich. Er ist zuständig für die Organisation der Wahlkämpfe sowie die Durchführung von Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung. Er führt die Aufsicht über die nachgeordneten Organisationsgliederungen und koordiniert deren Arbeit. Zu den Aufgaben gehört besonders auch die innerparteiliche Diskussion anzuregen und zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Dazu gehören auch Beschlüsse für die Arbeit der Kreistagsfraktion, deren Tätigkeit unterstützt und kontrolliert werden soll.
- (2) Die Unterbezirksvorstandsmitglieder haben das Recht, an allen Zusammenkünften der Ortsvereine, Stadt- und Gemeindeverbände, Arbeitsgemeinschaften und bestehenden Arbeitskreise, Projektgruppen und Foren im Unterbezirk beratend teilzunehmen.
- (3) Für die Finanzierung des Unterbezirkstatutes gilt § 26 des Bezirksstatutes. Gemäß § 26 (2) beschließt der Unterbezirksvorstand über die Höhe der Sonderbeiträge von Mitgliedern, die öffentliche Ämter oder Mandate auf Kreisebene innehaben.
- (4) Der Unterbezirksvorstand kann themenspezifische Projektgruppen und Foren, in denen auch Nichtmitglieder mitarbeiten können, einrichten.

§ 9

REVISOREN

Zur Prüfung der Kassenführung des Unterbezirks werden vom Unterbezirksparteitag drei RevisorInnen gewählt. Sie dürfen nicht Mitglieder des Unterbezirksvorstandes sein.

§ 10

ORTSVEREINE

Die Ortsvereine regeln ihre Angelegenheiten durch eigene Satzung. Diese Satzungen dürfen nicht im Widerspruch zum Organisationsstatut und weiteren übergeordneten Statuten stehen.

§ 11

KANDIDAT/INNENAUFSTELLUNG

- (1) Die Kandidat/innen für den Landtag, Bundestag, den Kreistag und den/die hauptamtliche/n Landrat/Landrätin werden von einer Kreiswahlkonferenz aufgestellt. Soweit in den Wahlgesetzen die Bestimmung der Bewerber/innen durch eine Mitglieder- oder Vertreterversammlung vorgeschrieben ist, gelten für die Zahl der Delegierten, Einberufung und Beschlussfähigkeit, die Vorschriften dieser Satzung über den Unterbezirksparteitag und die Mitgliederversammlung der Ortsvereine entsprechend.
- (2) Soweit die Wahlgesetze und Satzungen nicht entgegenstehen, kann der Unterbezirksvorstand beschließen, dass KandidatInnen und Kandidaten für ein Direktwahlamt oder Parlamente von Vollversammlungen aufgestellt werden.
- (3) Im Übrigen gelten für Wahlen die Vorschriften der Wahlordnung der SPD.

§ 12

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- (1) Dieses Statut kann nur von einem Unterbezirksparteitag mit Zweidrittel-Mehrheit geändert werden.
- (2) Im Übrigen gelten das Organisationsstatut der SPD und weitere übergeordnete Parteistatuten sowie die Wahl-, Schieds- und Finanzordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den jeweils gültigen Fassungen.
- (3) Dieses Statut tritt mit Beschlussfassung in Kraft.

Resolution R 1

Ja zu Energiewende! Ja zu ausgewogener Lastenverteilung mit Erdkabel als Regelfall!

Antragsteller: geschäftsführender SPD-Unterbezirksvorstand

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Die SPD in Hameln-Pyrmont steht hinter der Energiewende und ist der festen Überzeugung, dass für eine sichere Stromversorgung der Zukunft ein Ausbau des deutschen Übertragungsstromnetzes unverzichtbar ist. Niedersachsen und das Weserbergland sind führend bei der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Eine 100%ige Versorgung aus erneuerbaren Energien sollte möglich sein.

Beim Thema SuedLink bleiben viele Fragen offen, die die beauftragte Firma TenneT bisher nur unzureichend beantwortet hat. Der Antrag TenneTs auf Bundesfachplanung bei der zuständigen Bundesnetzagentur ist zu unkonkret, lässt Fragen zu alternativen Trassenkorridoren offen und vernachlässigt in Teilen Umweltauswirkungen und raumordnerische Konflikte.

Absolut nicht nachvollziehbar ist die Trassenführung Westschwenk durch das Weserbergland. Es bleibt weiterhin offen, warum der Trassenvorschlag Ost (durch Sachsen-Anhalt), nicht weiter verfolgt wurde. Die notwendige Aufklärungsarbeit vom Netzbetreiber TenneT findet nicht statt. Transparente Kriterien fehlen bis heute und konnten auch auf mehrfache Nachfrage hin nicht erläutert werden. Für eine allgemeine Akzeptanz ist es unerlässlich, dass alle ernsthaft in Betracht kommenden Trassenvorschläge Gegenstand der Bundesfachplanung sein müssen. Zudem ist bis heute nicht mitgeteilt worden, warum die Möglichkeit der Bündelung der Trasse mit bestehender Infrastruktur, wie der A7, aus Sicht TenneTs nicht möglich ist. Hier muss TenneT nacharbeiten. Ziele und Bewertungsmaßstäbe müssen offen gelegt werden, damit nachvollzogen werden kann, wie die Auswahlentscheidungen gefallen sind.

Die Sorgen der von den verschiedenen Korridorvorschlägen betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen und Landkreise müssen ernstgenommen werden. Die SPD in Hameln-Pyrmont unterstützt die Landkreise der „Hamelner Erklärung“ und fordert gemeinsam mit Landrat Tjark Bartels ebenfalls eine transparente Neuplanung.

In diesem Zusammenhang fordert die SPD in Hameln-Pyrmont beim Thema „Erdverkabelung“ einen Paradigmenwechsel, der grundsätzlich die Erdverkabelung vorsieht und Freileitungen nur noch in Ausnahmefällen zulässt. Die Erdverkabelung ist aus SPD-Sicht der zentrale Schlüssel für mehr Akzeptanz im Rahmen des Netzausbaus innerhalb der Bevölkerung.

Die SPD in Hameln-Pyrmont unterstützt deshalb auch die Initiative der betroffenen Wahlkreisabgeordneten des Deutschen Bundestages, die sich überfraktionell zu einer „SuedLink-Gruppe“ zusammengeschlossen haben. Die Gruppe tauscht Informationen aus und bindet die verschiedenen Akteure, bspw. die Träger der öffentlichen Belange, mit ein und diskutiert gesetzliche Anpassungsvorschläge.

Weiter Infos zur Hamelner Erklärung unter:

<http://www.hameln-pyrmont.de/index.phtml?object=tx|315.100&ModID=255&FID=315.3090.1>

Beschluss des Parteitages:

Annahme mit Änderungen und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Resolution R 2

Willkommen im Weserbergland – Für Flüchtlinge eine neue Heimat

Antragsteller: geschäftsführender Unterbezirksparteitag

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

„Die Welt ist aus den Fugen geraten“, so beschreibt der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Lage. Eine der vielen furchtbaren Konsequenzen ist ein stetig steigender Strom von Flüchtlingen. Es ist gut und richtig, dass die BRD sich dieser Herausforderung stellt und ihre Verantwortung übernimmt. Änderungen im Aufenthaltsrecht und im Asylbewerberleistungsgesetz tragen dem Rechnung; ebenso erleichtern veränderte Regeln Baurecht den Bau von Unterkünften. Großes Thema und trotz bereits erfolgter erheblicher finanzieller Entlastung der Länder und Kommunen durch den Bund bleibt die Frage der steigenden Lasten bei den Kommunen. Hier besteht weiterhin politischer Handlungsbedarf. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist ein großes zivilgesellschaftliches Engagement, bundesweit und hier im Weserbergland. In fast allen Kommunen haben sich Runde Tische organisiert und viele Bürgerinnen und Bürger leisten ganz praktische Hilfe. All jenen, die sich hier humanitär kümmern, die bei Behördengängen begleiten, für Kleidung sorgen, Deutschkenntnisse vermitteln und vieles Mehr, gilt der Dank und die Anerkennung der SPD Hameln-Pyrmont. Ohne sie gäbe es kein spürbares „Willkommen im Weserbergland“!

Anerkennenswert ist auch die große Bereitschaft von Landkreis und Städten und Gemeinden den Flüchtlingen sofort und bestmöglich zu helfen. Hervorzuheben ist u.a., dass der Landkreis selbst Wohnraum anmietet und damit für reibungslose Unterbringung sorgt

Mit dieser Resolution fordern wir alle auf, auch weiterhin so tatkräftig und engagiert zu bleiben. Denn leider ist kein Ende der Konflikte in den Krisenregionen abzusehen. Flüchtlingsarbeit wird also eine langfristige Aufgabe werden.

Flüchtlingen im Weserbergland eine neue Heimat zu geben, das wollen wir – weit über den Tag hinaus!

Beschluss des Parteitages: Annahme und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages: Einstimmige Annahme

Initiativresolution IR 1

Resolution – Solidarität mit allen AktivistInnen gegen rechtes Gedankengut!

Antragsteller: Jusos Hameln-Pyrmont

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Der SPD Unterbezirk Hameln-Pyrmont steht entschlossen im Kampf gegen rechtes Gedankengut. Wir sehen es als unsere Pflicht für die Emanzipierung aller Menschen zu kämpfen. Wir machen keinen Unterschied welche Herkunft, welches Geschlecht, welche Religion oder welche sexuelle Identität ein Mensch hat.

Wir sehen uns in der Tradition der Genossinnen und Genossen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben riskiert und verloren haben. In Gedenken an diese Genossinnen und Genossen tragen wir den Kampf weiter.

Gerade die in unseren Grundwerten verankerte Solidarität verpflichtet uns dazu, immer wieder gegen menschenverachtende Ideologien auf die Straße zu gehen.

Die jüngsten Anfeindungen durch die AfD und ihre AnhängerInnen gegenüber dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jusos, Arne Zillmer, zeigen, dass unser Kampf gegen den Faschismus noch lange nicht beendet ist.

Am Freitag, den 10. April 2015 fand die Veranstaltung der Jungen Alternative statt, bei der Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, zu Gast war. Höcke ist Teil des nationalkonservativen Lagers innerhalb der AfD und sorgte mit seinen Äußerungen bereits des Öfteren für Aufmerksamkeit. Seine Äußerungen über Flüchtlinge oder auch Homosexuelle entsprechen keineswegs einem toleranten Weltbild. Auf diese Problematiken wies ein offener Brief der Jusos an den Bootsclub, in dem die Veranstaltung der JA stattfand, hin.

Nach der Veröffentlichung dieses Briefs kam es zu massiven Anfeindungen gegenüber Arne, die darin gipfelten, dass auf rechten Internetseiten Fotos und Kontaktdaten von Arne verbreitet wurden, sodass er nun den absurdesten Drohungen ausgesetzt ist. Neben wüsten Beschimpfungen und Beleidigungen erhält Arne auch Morddrohungen.

Auch ein zweiter Fall zeigt welch Geistes Kind die AfD zu sein scheint: Bei einer Protestveranstaltung der Jungsozialisten in NRW gegen eine Veranstaltung der AfD, wurde ein 15-jähriger Genosse von dem Referenten der AfD tätlich angegriffen und gewürgt.

Dieses Verhalten seitens der AfD und ihrer AnhängerInnen zeigt, dass ein Nerv getroffen wurde und unser Kampf gegen die AfD und rechte Ideologien unabdingbar ist!

Wir stehen geschlossen hinter allen Menschen, die für ihren friedlichen Kampf gegen braunes Gedankengut angefeindet und bedroht werden!

Wir bekennen uns zum Kampf gegen den Faschismus, den Nationalismus und den Rechtsradikalismus. Wir werden uns Faschismus, Nationalismus und Rechtsradikalismus weiterhin entgegenstellen.

Wir rufen alle Mitglieder der SPD auf, sich uns anzuschließen!

Beschluss des Parteitages: Annahme

Abstimmungsergebnis des Parteitages: Einstimmige Annahme

Resolution IR 2

Handeln statt verhandeln: Mit EU-Sofortprogramm Menschen retten und Fluchtursachen bekämpfen

Antragsteller: Stadtverband Bad Münder

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Die wiederholten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer können nicht länger tatenlos hingenommen werden. Die Europäische Union und insbesondere ihre Mitgliedsstaaten müssen die Anstrengungen zur Rettung von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen umgehend sichtbar und spürbar verstärken.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die EU diese Aufgabe zu einem ihrer vordringlichsten politischen Schwerpunkte macht. Das schließt wirksamere kurzfristige humanitäre Hilfen zur Rettung von Menschenleben ebenso ein wie mittel- und langfristige Strategien der Stabilisierungs-, Entwicklungs- und Handelspolitik gegenüber den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge.

Um der Flüchtlingsrettung und Fluchtursachenbekämpfung schnellstmöglich Wirksamkeit zu verschaffen, ist es notwendig,

dass im Mittelmeer unverzüglich ein von allen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam finanzierter, materiell und personell umfassend ausgestatteter Seenotrettungsdienst zum Einsatz kommt,

dass angekommene Flüchtlinge in den Ankunftsstaaten menschenwürdig versorgt und solidarisch auf alle EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden,

dass dafür in den Ankunftsstaaten Erstaufnahme-Einrichtungen unter europäischer Mitwirkung errichtet werden, die die Wahrung der völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechte bei der Erstversorgung und eine sichere Weiterreise sicherstellen,

dass anerkannte Asylbewerber in die Aufnahmegesellschaften angesiedelt und gesellschaftlich integriert werden,

dass mehr Möglichkeiten einer legalen Einwanderung geschaffen werden, damit illegaler Einwanderung, Schleuserkriminalität und illegaler Beschäftigung Nährboden entzogen werden kann,

dass die nationalen und europäischen Anstrengungen zur Bekämpfung der Schleuser- und Schlepperbanden massiv verstärkt werden,

dass unverzüglich ein EU-Sonderprogramm zur politischen Stabilisierung und wirtschaftlichen Entwicklung der Herkunfts- und Transitländer umgesetzt wird,

um die Fluchtursachen zu bekämpfen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in ihrer Heimat schnell und spürbar zu verbessern.

Dieses Sonderprogramm ergänzt bestehende Wirtschafts- und Entwicklungshilfe-Anstrengungen und ersetzt diese nicht.

Begründung:

Die auf den Schutz der „Festung Europa“, auf Abschreckung und Abwehr ausgerichtete bisherige EU-Flüchtlingspolitik ist sichtbar am Ende. Sie konnte die Massenflucht aus Afrika und dem Nahen Osten nicht verhindern, hat aber unendliches menschliches Leid mit sich gebracht und das Mittelmeer zu einer der gefährlichsten Grenzen der Welt gemacht. Wie befürchtet hat die Beendigung der italienischen Rettungsoperation Mare Nostrum neuerlich zu einem dramatischen Anstieg von Todesopfern unter den Flüchtlingen geführt. Allein seit Jahresbeginn sollen mehr als 1.500 Menschen ertrunken sein. Seit dem Jahr 2000 sind mehr als 22.000 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa ums Leben gekommen, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein.

Damit muss endlich Schluss sein: Das Mittelmeer darf nicht länger zum Massengrab werden. Es bedarf endlich einer Wende in der Flüchtlingspolitik, die Papst Franziskus und andere wiederholt und schon vor Jahren in Lampedusa angemahnt haben. Europa darf nicht länger beim Flüchtlingssterben zuschauen. Will es nicht seine "Seele verlieren" (Papst Franziskus), muss es seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und alles daran setzen, Not leidende Menschen zu retten und gleichzeitig die tiefer liegenden Ursachen von Abwanderung und Flucht in den Herkunftsländern ernsthaft zu bekämpfen.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Bezirksparteitag

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Antrag I 2

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Antragsteller: Jusos Hameln-Pyrmont

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Wir sprechen uns klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD aufgefordert nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden abzulehnen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie. Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken – Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist.

Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6, höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches Recht umzusetzen und sich zugleich auf europäischer Ebene für eine grundlegende Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es eine solche europäische Verpflichtung zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in Berlin gegenstandslos.

Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an den SPD-Parteikonvent

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Annahme, bei vielen Gegenstimmen

Antrag I 3

Einführung einer Mautgebühr für LKW auf den Bundesstraßen 217 und 442

Antragsteller: Ortsverein Bad Münster-Hachmühlen/Brullsen

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Die B217 zwischen Springe und Hameln und die B442 zwischen der Autobahn A2 und der B1 sind als Mautstrecken für LKW auszuweisen.

Begründung:

Wenn die B217 zwischen Bennigsen/Steinkrug und der Abzweigung nach Bad Münster (Dahle) zur Mautstrecke deklariert wird, wird der Schwerlastverkehr zwangsläufig auf die beiden Bundesstraßen im Bereich Bad Münster verdrängt und so den sog. Mautflüchtlingen, die den geplanten Maut-Abschnitt meiden werden, Vorschub leisten.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Antrag I 5

Stärkung des Ehrenamts auf kommunaler Ebene

Antragsteller: Jusos

Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

Das Ehrenamt ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Gesellschaft und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dieser Pfeiler bröckelt aktuell besonders von unten her, in dem Sinne, dass sich immer weniger Menschen – vor allem junge – einbringen. Diesem Trend müssen wir entschieden entgegenwirken.

Wir fordern daher von unseren Fraktionen in den Kommunalparlamenten sich für folgende Punkte einzusetzen und auf die Erarbeitung eines Konzepts hinzuwirken:

1. Eine wirkliche Wertschätzung der Menschen, die sich für die Gesellschaft engagieren – ohne bürokratische Hürden!
2. Eine bessere Erfassung und Unterstützung von Engagement, dass außerhalb des klassischen Vereins erbracht wird. Beispielsweise also projektbezogenes Engagement oder die Arbeit in Initiativen.
3. Ein Aus- und Aufbau von Ehrenamtsagenturen, so dass diese eine wesentlich intensivere Beratung und Vermittlung als bisher durchführen können.

Begründung:

Zu 1.: Aktuell gibt es wenige Maßnahmen, die eine wirkliche Wertschätzung der Arbeit zum Ziel haben und wenn sind sie oft mit hohen Hürden verbunden. Oft ist auch ein Engagement über mehrere Jahre oder gar noch längere Zeiträume notwendig, um eine wirkliche Wertschätzung erfahren zu können. Vorhandene Angebote wie die Ehrenamtskarte stehen in keinem Verhältnis zu den erbrachten Leistungen, obwohl sie einen sehr guten Ansatz darstellen. Das muss sich ändern!

Eine von verschiedensten Möglichkeiten wäre es hier kommunale Einrichtungen in die Pflicht zu nehmen, beispielsweise durch reduzierten Eintritt in Schwimmbädern oder auch die Kooperationen mit externen PartnerInnen, die Rabatte für ehrenamtlich Tätige gewähren.

Zu 2.: Unsere Gesellschaft lebt und arbeitet in einem immer schnelleren Tempo, oft gestalten sich auch Lebensläufe wesentlich vielfältiger als es noch vor einigen Jahren der Fall war. Eine feste Bindung an Vereine wollen daher immer weniger Menschen eingehen. Projektbezogenes Engagement oder die Einbringung in Initiativen – ohne Vereinsstatus – gewinnen immer weitere an Attraktivität, werden oft aber als eine Tätigkeit zweiter Klasse betrachtet. Das muss sich ändern!

Zu 3.: Den Ehrenamtsagenturen kommen zwei wichtige Bedeutungen zu – Beratung und Vermittlung. Die Beratung ist ein wichtiger Aufgabenbereich, da oft besonders relativ „frisch“ aktive Gruppen vor vielen Fragen stehen und Hilfeleistungen in mehreren Punkten gebrauchen können. Auch wenn dann doch ein Verein gegründet werden soll, sind die Hürden hoch und

finanzielle Mittel nicht in der notwendigen Höhe vorhanden. Hier muss Abhilfe geschaffen werden!

Die Vermittlung hingegen sollte auf zwei Ebenen stattfinden. Einerseits eine Vermittlung von potenziell Aktiven an bereits Aktive und andererseits auch von aktiven Gruppen untereinander, um dort Synergieeffekte so gut es geht nutzen zu können.

Oft ist auch vielen Menschen vor Ort gar nicht bewusst, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, sich einzubringen, sodass hier dringend benötigte Unterstützung verloren gehen kann. Das muss sich ändern!

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion und SPD-Stadt- und Gemeinderatsfraktionen

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

Antrag I 6

Rücknahme der unverhältnismäßig hohen Preisanpassungen für die Benutzung der Anrufsammeltaxen im Landkreis Hameln-Pyrmont

Antragsteller: Vorstand der Arbeitsgemeinschaft 60plus

Der Unterbezirksparteitag des SPD Unterbezirks Hameln-Pyrmont beschließt:

Die SPD-Fraktionen im Kreistag des Landkreises Hameln-Pyrmont und in den Gemeinde- und Stadträten der Kommunen sowie der SPD-Mitglieder in den entsprechenden Aufsichtsgremien der kommunalen Verkehrsgesellschaften und die der SPD angehörenden Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Hameln-Pyrmont werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Preise für die Benutzung der dem öffentlichen Personennahverkehr zuzurechnenden Anrufsammeltaxen sozialverträglich gestaltet werden und nicht mehr als 2,5 – bis 3-fache der entsprechenden Ticketpreise betragen.

Begründung:

In Folge der Preiserhöhungen im Bereich des Taxigewerbes in der Stadt Hameln zum 01.11.2014 wurden mit Wirkung vom 01.01.2015 auch die Benutzungsentgelte für die Anrufsammeltaxen angehoben. Die Preise für die Taxibenutzung sind um ca. 50% gestiegen. Die Anpassung der Benutzungsentgelte betragen je nach Tarifzone: 75 % (N), 117 % (1), 117 % (2), 98 % (3). Eine deutlich höhere Preisanpassung als bei den der Erhöhung zugrundeliegenden Taxikosten. Noch drastischer fällt der Vergleich in der Relation zu den Preisen der normalen Einzeltickets aus. Bis zum 31.12.2014 betrug der Preis für die Benutzung einer Anrufsammeltaxe das Doppelte der Einzelfahrkarte. Seit dem 01.01.2015 ergeben sich folgende Relationen: 3,5-fach (N), 4,3-fach (1), 4,3-fach (2), 4,0-fach (3). Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Preise erst zum 01.09.2014 angepasst worden sind.

Ungeachtet dieser auseinanderdriftenden Preisentwicklung ist für viele die Preisanpassung für das Taxigewerbe in der Stadt Hameln nicht nachvollziehbar, weil für den Landkreis nach wissenschaftlicher Beratung eine deutliche moderate Preisanpassung geplant ist.

Aus Sicht der Antragsteller ist die derzeitige Preisgestaltung für die Benutzung der Anrufsammeltaxen nicht akzeptabel.

Beschluss des Parteitages:

Annahme und Weiterleitung als Material an die SPD-Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme

S

Solidaritätsbekundung

Antragsteller: Unterbezirksparteitag

Der Unterbezirksparteitag des SPD Unterbezirks Hameln-Pyrmont beschließt:

Der Parteitag der SPD Hameln-Pyrmont erklärt sich solidarisch mit den MitarbeiterInnen der BHW Postbank.

Seit 2014 leben wir hier die „neue Bausparwelt“. So der Slogan auf der Homepage des BHW Hameln. „Gemeinsam für ihr Zuhause“, heißt es weiter.

Das klingt doch super!

Wer bei den Kunden solide rüberkommen will, der muss auch fair seinen Mitarbeitern gegenüber sein. Wie neu die Bausparwelt auch immer sein mag, sie funktioniert nur mit großem Vertrauensvorschuss! Und der wird gerade massiv aufgebraucht. Wer glaubt denn wohl, dass „gemeinsam für ihr Zuhause“ klappt, wenn eine Unternehmensspitze zeigt, dass für sie das Wort „gemeinsam“ ein Fremdwort ist.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu recht verunsichert, weil es kein klares Bekenntnis zum Kündigungsschutz gibt. Gut dass Sie sich nun gemeinsam für Ihre Ziele einsetzen und sich nicht zum Spielball der Konzerne machen lassen. Ein Signal der Manager, die Strafen in Milliardenhöhe zahlen müssen, an die MitarbeiterInnen und ihre Arbeit wert zu schätzen ist das Mindeste, was sie verlangen können. Wenn Beschäftigte zur Manövriermasse von Managern werden läuft etwas schief - und zwar gewaltig!

Auch wir erwarten, dass die Deutsche Bank zu ihren Beschäftigten steht und Veränderungen mit Ihnen und nicht gegen sie umsetzt.

Beschluss des Parteitages:

Annahme

Abstimmungsergebnis des Parteitages:

Einstimmige Annahme